IG Metall und Arbeitszeit - Vorschläge für Anträge zum 20. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall

Entwurf Antrag zum 20. ordentlichen Gewerkschaftstag

Der 20. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Angesichts steigender Arbeitslosigkeit entwickelt die IG Metall eine Kampagne zur Verkürzung der Arbeitszeit, die folgende Schwerpunkte umfasst:

- a) Die IG Metall wird den **Abbau von Mehrarbeit** in den Betrieben umgehend voran treiben, und darauf hin wirken, dass Mehrarbeit im Rahmen der geltenden Tarifverträge nur noch in begründeten, dringenden Ausnahmefällen genehmigt wird.
- b) Die IG Metall wird darauf hin wirken und sich dafür einsetzen, dass die **tarifliche Wochenarbeitszeit von derzeit 35 Stunden im gesamten Bundesgebiet Regelarbeitszeit auf gesetzlicher Grundlage wird.**
- c) Die tarifliche Arbeitszeit wird auf **30 Wochenstunden bei vollem Entgelt- und Personalausgleich** verkürzt. Dies soll in einem Schritt durchgeführt werden.

Begründung:

Angesichts 4,7 Millionen Arbeitslosen laut Statistik (Februar 2003) und weiteren Millionen, die auch Arbeit suchen, ist die Schaffung von Arbeitsplätzen die Herausforderung für die Gewerkschaftsbewegung. Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur für die Betroffenen eine dramatische Situation, sondern die Angst um den Arbeitsplatz schwächt auch die Kampfkraft in den Betrieben. Die Ursachen für die Arbeitslosigkeit liegen nicht darin, dass die Kollegen und Kolleginnen nicht bereit wären, zu arbeiten, sondern in der massiven Zunahme der Arbeitsproduktivität. Deshalb muss die vorhandene Arbeit auf alle umverteilt werden.

Daher sind alle Maßnahmen der neoliberalen Politik – unabhängig welche Parteien die Regierung stellen – abzulehnen, wie z.B.: moderate Entgeltabschlüsse, die Senkung der Lohnnebenkosten als Versuch zur Schaffung von Arbeitsplätzen und die „Hartzgesetze“. Auch die IG Metall darf sich nicht mehr auf die Standortdebatte der Unternehmer einlassen. Stattdessen brauchen wir eine Kampagne, die den Abbau der Überstunden und die Senkung der gesetzlichen und tariflichen Arbeitszeit mit einander verzahnt.

- zu a) Von Jahr zu Jahr wird seitens der Arbeitgeber in immer größer werdendem Umfang Mehrarbeit, auch am Samstag, Sonn- und Feiertag, gefordert. Die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben leisten diese oft aus Angst um den Arbeitsplatz ab, in manchen Fällen sogar ohne entsprechenden Freizeit- und/oder Entgeltausgleich. Dieser unzumutbare Zustand, der sich auch in der immer größer werdenden Schere zwischen tariflicher und tatsächlich geleisteter Arbeitszeit ausdrückt, muss dringend abgeschafft werden. Es liegen entsprechende Zahlen und Statistiken vor, dass bei Reduzierung der Mehrarbeit auf Null bis zu 1 Million Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.
- zu b) Das geltende Arbeitszeitgesetz lässt Wochenarbeitszeiten bis 60 Stunden zu. Dies ist in Anbetracht der Tatsache, dass immer mehr Arbeitskräfte für immer weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, weder tolerierbar noch zeitgemäß. Die guten Erfahrungen mit der gesetzlich verankerten 35-Stunden-Woche in Frankreich sollten der Bundesregierung Anlass genug sein, die Arbeitszeit per Gesetz zu verkürzen.

Die gesetzliche Arbeitszeitverkürzung darf selbstverständlich nicht zu Einkommensverlusten führen. Ebenso darf sie nicht mit laufenden Entgelttariferhöhungen verrechnet werden. Es müssen zudem Instrumente entwickelt werden, damit die Arbeitszeitverkürzung nicht zu einer noch höheren Leistungsverdichtung, sondern zu Neueinstellungen führt.

- Zu c) Die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Entgelt- und Personalausgleich darf kein Tabuthema mehr sein. Es liegen mittlerweile ausreichend Stellungnahmen vor, dass nur die Arbeitszeitverkürzung langfristig neue Arbeitsplätze schaffen und erhalten wird. Die Umsetzung der 35-Stunden-Woche im Produktionsbereich hat das bewiesen. Flächendeckend können wir dies aber nur erreichen, wenn die Arbeitszeitverkürzung in einem Schritt durchgeführt wird. Eine Verkürzung in vielen kleinen Schritten würde durch Rationalisierungen und Arbeitsverdichtung zunichte gemacht. Außerdem müssen wir Instrumente entwickeln, damit die Arbeitszeitverkürzung nicht zu einer noch höheren Leistungsverdichtung, sondern zu Neueinstellungen entsprechend der Verkürzung führt.

Arbeitszeitverkürzung ist allerdings immer auch eine Verteilungsfrage, daher darf Arbeitszeitverkürzung nicht zu Ungunsten der Beschäftigten, also als reine Verteilung von Arbeitszeit, verstanden werden. Mit vollem Entgeltausgleich bedeutet daher, dass gleichzeitig auch eine Verteilung von Vermögen - von oben nach unten - stattfindet.

Es ist an der Zeit, dass sich die IG Metall mit aller Nachdrücklichkeit für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Entgelt- und Personalausgleich einsetzt. Dies muss von einer intensiven Diskussion in den Betrieben und einer Öffentlichkeitskampagne vorbereitet werden.